

Rede der CDU-Fraktionsvorsitzenden Landrätin Eva Irrgang in der
Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe am 05.02.2015
anlässlich der Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfes 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Löb,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen,

Gratulation an die Gewählten

Liebe Frau Westers,
herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl. Sie sind nun mitverantwortlich für
das wichtigste, was unsere Gesellschaft hat, nämlich unsere Kinder und
Jugendlichen. Für ihren Schutz und für ihre Bildung. Wir wünschen Ihnen
dabei Erfolg und eine glückliche Hand.

Lieber Herr Dr. Lunemann,

auch Ihnen wünscht die CDU-Fraktion eine glückliche Hand bei Ihrer
neuen Tätigkeit. Bleiben Sie weiterhin der stetige Verfechter im Sinne
des Verbandes für die Umstellung der Finanzierung der Eingliederungs-
hilfe. Wir freuen uns auf eine gute – man darf ja fast sagen, bereits ge-
probte – Zusammenarbeit.

Auch wenn das an anderer Stelle sicher noch Zeit finden wird, bedanke ich mich ganz herzlich bei unserem Landesrat Hans Meyer für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung -auch als Kämmerer-.

Und nun zum Haushalt:

Meine Damen und Herren,

für mich ganz unüblich, beginne ich heute einmal mit der Kultur, denn das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen der Eröffnung unseres neuen **LWL-Museums für Kunst und Kultur**, das schon jetzt mehr als 130.000 Menschen besucht haben. Aber auf diesem Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen. Spektakuläre Ausstellungen, wie beispielsweise die Skulpturprojekte, sollen dafür sorgen, dass das Museum auch weiterhin ein Besuchermagnet bleibt. Auch die Zukunft des **Preußen Museums** hat uns lange beschäftigt und steht kurz vor der Lösung. Die bisherige Dauerausstellung soll attraktiver und zeitgemäß als **Preußenportal** gestaltet werden. Gleichzeitig bildet das Portal den Ausgangspunkt für das **Preußen-Netzwerk**, dem in der Startphase 17 Museen sowie Landmarken und Baudenkmäler wie beispielsweise das Kaiser-Wilhelm-Denkmal angehören. Auch damit werden wir uns in diesem Jahr noch ausgiebig auseinandersetzen.

Seit Gründung der **Annette von Droste zu Hülshoff-Stiftung** im September 2012 sind entscheidende Weichenstellungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Burg Hülshoff und des Haus Rüschhaus zu einem **"Droste-Kulturzentrum – Zukunftsort Literatur"** erfolgt. Die Sanierung der Hauptburg läuft und hat schon zu vielen neuen bauhistorischen Er-

kenntnissen geführt. Diese Grundsanierung wird im Jahr 2015 abgeschlossen werden können. Aber es geht weiter: Im Rahmen der REGIONALE-2016 soll langfristig ein "Droste-Kulturzentrum – Zukunftsort Literatur" entstehen. Ich wünsche den Kollegen der Regionale 2016 – also unseren Nachfolgern nach Südwestfalen – genauso viel Freude und Erfolg bei der Arbeit, wie wir sie hatten.

Landesjugendamt und Schulen

Was das **Landesjugendamt und die LWL-Förderschulen** angeht, so ist sicherlich die Umsetzung der **Inklusion** eine Schwerpunktaufgabe, die meines Erachtens mit hoher Kompetenz und viel Erfolg wahrgenommen wird. So werden in den Kindertageseinrichtungen mittlerweile mehr als 95 % aller Kinder mit Behinderungen inklusiv betreut; eine Zahl, von der die Regelschule in Nordrhein-Westfalen derzeit nur träumen kann (30 %). Allerdings macht diese Zahl auch deutlich, dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu erreichen ist. Mehr als 113 Mio. Euro wird der LWL im Haushaltsjahr 2015 für diese wichtige Aufgabe aufbringen müssen.

Das sind im Übrigen gut 4 Mio. Euro mehr als noch im Jahre 2014. Hier wird man daher den Zugang zu dieser Förderung nochmals genauer betrachten bzw. steuern müssen.

Das Landesjugendamt leistet aber nicht nur im Bereich der Inklusion gute Arbeit. Ich denke hier vor allem auch an die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz für die U 3 Kinder. Es wurden mehr als 6.000 Bewilligungsbescheide über ein Gesamtvolumen von mehr als 500 Mio. Euro an die Jugendämter in Westfalen-Lippe herausgeschickt. Und

als Verwaltungschefin kann ich einschätzen, welche Arbeit dahinter steckt.

was unsere Förderschulen angeht, so ist zunächst festzustellen, dass nach der sogenannten Mindestgrößenverordnung nur eine Schule (Förderschule Sehen in Olpe) gefährdet ist. Kurz- und mittelfristig sehe ich aufgrund der vorliegenden Schulentwicklungszahlen daher auch keine wesentlichen Veränderungen und ich gestatte mir anzumerken, dass etwa im Bereich der Förderschulen für körperliche und motorische Entwicklung eine Auflösung meines Erachtens nicht in Betracht kommt. Das dortige Angebot an behindertengerechten Räumlichkeiten, Pflege und Therapie für die Schülerinnen und Schüler kann eine Regelschule nicht erbringen und dies gilt zum Teil auch für die anderen Schulen des LWL.

Trotzdem begrüße ich es ausdrücklich, dass wir nicht etwa am Bestehenden festhalten, sondern aktiv die Inklusion mitgestalten. Ausdrücklich begrüßen wir die Beratungshäuser in Münster sowie die geplanten Häuser in Paderborn und in Olpe.

Das Thema Inklusion hat einen umfassenden Ansatz und ist nicht auf den Schulbereich beschränkt, was der LWL-Aktionsplan Inklusion belegt. Für das Land NRW stellt die rot-grüne Landesregierung das Thema nach vorne. Ankündigungen sind die eine Sache, die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips und damit die Kostenerstattung für die Kommunen die andere Seite der Medaille.

Soziales / Eingliederungshilfe

Auch in dieser Haushaltsrede sind die Ausgaben der **Eingliederungshilfe** ein besonderer Schwerpunkt. Die Steigerung im vergangenen Jahr um 100 Mio. Euro ist dramatisch. Die Reform der Eingliederungshilfe ist für die beiden Landschaftsverbände von besonderer Bedeutung. Im Koalitionsvertrag von 2013 der schwarz/roten Bundesregierung heißt es wörtlich: "Die Gemeinden, Städte und Landkreistage in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden". Mit der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von jährlich 5 Mrd. Euro sollen die Kommunen entlastet werden. Forderung muss es auch sein, dass dieser Betrag jedes Jahr dynamisiert werden muss, damit der Bund auch merkt, wie explosiv jedes Jahr die Kosten der Eingliederungshilfe steigen.

Wir fordern einen raschen Gesetzesentwurf und eine schnelle Umsetzung möglichst noch für 2017. Förderlich wäre auch, dass die kommunalen Spitzenverbände mit einer Stimme sprechen würden. Einen besonderen Dank sprechen wir unserem Landesrat Matthias Münning für seinen bisherigen großen Einsatz aus. Er hat auch weiterhin unsere volle Unterstützung, auch als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe.

Wir warnen zudem vor einem weiteren Ausbau zu Lasten der Kommunen. Das Land bürdet den Sozialhilfeträgern kostenträchtige Standards auf, beteiligt sich an den höheren Kosten aber nicht.

NRW hat mit die höchsten Sozialausgaben pro Kopf in Deutschland. NRW hat ein sehr hohes Leistungsniveau, aber eine Ausweitung ist mit Rücksicht auf die Finanzen in NRW nicht mehr darstellbar. Drohen aber weitere Standardausweitungen droht eine neue Ausgabedynamik und wird damit für die kommunalen Haushalte unkalkulierbar.

Zur Landschaftsumlage:

Die Zahlen sind von Herrn Baumann bereits ausführlich dargestellt worden. Mit Rücksicht auf die finanzielle Not der Mitgliedskörperschaften soll der Hebesatz von der Landschaftsversammlung für dieses Jahr auf 16,5 0/0-Punkte festgesetzt werden, so unser gemeinsamer Antrag von CDU und SPD. Die Senkung von 0,2 %-Punkte gegenüber dem Verwaltungsvorschlag soll durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage erfolgen. Die weitere Senkung von 0,1 0/0-Punkte ist durch zusätzliche Erträge und eine Reduzierung auf der Aufwandsseite z. B. durch restriktive Bewirtschaftung zu kompensieren.

Die Verwaltung ist aufgefordert, bis Mai eine Liste von Maßnahmen vorzulegen, durch die das Defizit reduziert und somit die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage begrenzt werden kann. Wir vertrauen hier auf die Kreativität der Verwaltung.

Mit Ausblick auf den Haushalt 2016, er sieht in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung einen Hebesatz von 17,3 % und damit eine Erhöhung um 0,8 %-Punkte vor, müssen schon heute weitere Konsolidierungsschritte eingeleitet und vorbereitet werden.

Aufgrund der vielen Konsolidierungsbemühungen in der Vergangenheit sind weitere Einsparpotentiale größtenteils nur durch schmerzliche Einschnitte zu erreichen. Dies verlangt auch von der Politik – also von uns allen- Bereitschaft, dies gegenüber den Betroffenen zu vertreten. Das ist der CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung bewusst.

Auch im **Bereich Krankenhauswesen und Gesundheit** muss in Zukunft "die schwarze Null" stehen. Die ausgewiesenen Plandefizite 2015 sind schnellstmöglich abzubauen, es darf nicht zum Einsatz von Umlagemitteln in Form der Verlustabdeckung kommen.

(Dieses würden unsere Mitgliedskörperschaften in keinem Falle mittragen. Es würde zu einer ernsten Diskussion um die Aufgaben des Landschaftsverbandes führen.)

Zum Schluss noch zwei Sätze zum RVR-Gesetz.

Es geht uns nicht darum, etwas zu verhindern vorzuschreiben, was es tun oder lassen soll. Aber es darf keine Bevorzugung einer Region ge-

ben, sondern wir erwarten, nein wir fordern, eine Gleichbehandlung aller Regionen. Eine einseitige Bevorzugung des Ruhrgebietes stößt auf erbitterten Widerstand der CDU-Fraktion. Das gilt auch für die Direktwahl. Wir fordern sie nicht für den LWL. Sollte man sie allerdings für den RVR beschließen, erwarten wir auch hier Gleichbehandlung. Eine Forderung, die wir auch und gerade im Größenvergleich als gerecht empfinden.

(Und ganz zum Schluss hätte ich noch einen:)